

Grüngut ist eben nur grün richtig gut

Plastik hat in der Grünabfuhr nichts zu suchen. Leider ignorieren das viele. Das führt zu besorgten Gemeinden, erschwerten Bedingungen für die Verarbeiter, unzufriedenen Bauern – und letztlich leidtragenden Konsumenten. Was tun?



Was der Container liebt und was er verabscheut: Die Stadt Bern setzt auf freundliche Motivation, um die Bürgerinnen und Bürger für das korrekte Sammeln des Grünguts zu sensibilisieren. Bild: zvg

tall oder Papier. Diese Grenzwerte wurden deutlich verschärft, auch die Messuntergrenze von zwei Millimetern Durchmesser für Fremdstoffe wurde aufgegeben. Das zwingt die Kompostier- und Vergärungsanlagen einerseits zu Massnahmen. Andererseits stellen sie diese Qualitätsansprüche auch an sich selbst. 0,1 Prozent klingen nach recht wenig, sind allerdings enorm viel, wenn besagte Trockenmasse erst einmal ausgebracht auf dem Feld liegt und ein Regenschauer die 0,1 Prozent Plastik glitzern lässt. Da glitzert so einiges. Und alles, was glitzert, ist unbefriedigend – für den Landwirten, den Gesetzgeber, den Umweltschutz, den Konsumenten. Weil Menschen sich nicht genügend darum scheren, ihre Speisereste und Gartenabfälle richtig von Plastikverpackungen zu trennen. Aus lauter Ignoranz und Bequemlichkeit.

Ostermundigens Abfall-Info in zwölf verschiedenen Sprachen

Die Kombination Ignoranz und Bequemlichkeit kennt man in den Gemeinden nur zu gut. Auch Yves Gaudens, Bereichsleiter Tiefbau der Gemeinde Ostermundigen, kann davon ein Lied singen. Bevor er die Stelle vor anderthalb Jahren antrat, spielte Abfall keine besondere Rolle in seinem Leben. Heute beherrscht er einen grossen Teil seines Alltags. Denn in Ostermundigen, einer der 13 Eignergemeinden der Kewu, ist das Problem mit dem Plastik im Grüngut latent. Doch hier ergibt man sich nicht dem Schicksal, sondern nimmt die Dinge in die Hand. «Abfall-Info» nennt sich die Broschüre, die die Gemeinde jedem Haushalt einmal jährlich zustellt – in zwölf Sprachen von Albanisch bis Tamilisch. Die Problematik des Plastiks im Grüngut schwelt nämlich nicht in den Einfamilienhaus-Strassen, sondern vornehmlich dort, wo die Menschen enger beisammen leben, in den Mehrfamilienhaus-Siedlungen, den Multikulti-Quartieren. Und: «Je grösser die Gemeinde, desto mehr Fremdstoffe finden sich im Grüngut», erklärt Andreas Utiger. Anonymität ist verführend.

Liefen die Dinge, wie sie laufen sollten, gäbe es Herrn Näfs Job gar nicht. Doch das tun sie nicht. Darum hat Herr Näf ein 60-Prozent-Pensum: Am Förderband sortiert er Plastik aus Grüngut. Seine Arbeitgeberin, die Kewu AG im bernischen Krauchthal, hat ihn im Februar kurzfristig eingestellt. «Weil es anders nicht mehr ging», sagt Daniel Trachsel, Mitglied der Geschäftsleitung. Die Firma gehört 13 Eignergemeinden. Sie verwertet jährlich 13000 Tonnen Grüngut, die die Anlage als Biogas zur Verstromung respektive als Kompost verlassen.

Es gibt viele Betriebe wie die Kewu, und alle kämpfen sie mit demselben Problem: zu vielen Fremdstoffen im Grünabfall, das bestätigt Andreas Utiger, Ge-

schäftsführer des Branchenverbandes Biomasse Suisse. Diese Problematik beschäftigt die Branche mit zunehmender Besorgnis. Denn zwar gibt es technische Einrichtungen, Windsichter etwa, Siebe, Magnetabscheider für Metalle oder Jobs wie jener von Herrn Näf. Doch zu viel Plastik verbleibt im Grüngut, das zu Kompost wird und auf den Äckern landet, wo unsere Nahrung entsteht. Wir sind auf Kompost angewiesen, er ist das Resultat des ursprünglichsten Wertstoffkreislaufs, das Mutterschiff des Recyclings, könnte man sagen.

Es gibt einen Grenzwert: 0,1 Prozent der Trockenmasse von Kompost dürfe, sagt der Gesetzgeber, aus Kunststoff und Aluminium bestehen, 0,4 Prozent aus Glas, Me-



AR التجمع وضع المدينة الاربونونين...

DE Die Gemeinde Ostermündigen hat mit der Plastikproblematik im Grünabfall zu kämpfen...

FR La commune d'Ostermündigen a lutté contre le problème de la pollution par le plastique...

IT Il Comune di Ostermündigen ha lottato contro il problema della plastica...

EN The municipality of Ostermündigen has been fighting the plastic problem in green waste...

ES El municipio de Ostermündigen ha estado luchando contra el problema de la contaminación por plástico...

PT O município de Ostermündigen tem lutado contra o problema da contaminação por plástico...

TR Ostermündigen belediyesi plastik sorunuyla mücadele etmektedir...

AR التجمع وضع المدينة الاربونونين...

AR التجمع وضع المدينة الاربونونين...

AR التجمع وضع المدينة الاربونونين...

Die Berner Gemeinde Ostermündigen hat mit der Plastikproblematik im Grünabfall zu kämpfen. Sie setzt auf mehrsprachige Information: Die Abfall-Infos sind in zwölf verschiedenen Sprachen verfasst, von Arabisch über Tamilisch bis Türkisch. Bild: Gemeinde Ostermündigen

Darum belässt man es in Ostermündigen nicht bei Broschüren; man geht quasi in den Nahkampf. Das bedeutet, dass man den direkten Kontakt zur Bevölkerung sucht, Tage der offenen Tür veranstaltet und jeweils am Weihnachtsmarkt mit einem Stand informiert. Ausserdem machen die Betreuer der Sozialhilfbehörde bei ihren Besuchen auf die Abfalltrennung aufmerksam.

Weil das zwar Erfolg zeige, aber noch immer nicht reiche, nehme die Gemeinde auch die Verwaltungen und Eigentümer von Liegenschaften in die Pflicht, erklärt Yves Gaudens. «Wir machen damit gute Fortschritte, ausserdem ist es auch im Interesse der Eigentümer, denn wir haben alle dasselbe Ziel», erzählt Gisela Oestreicher, Dienststellenleiterin Administration und Abfall. Die Einladungsschreiben zu diesen Informationsrunden sind denn auch weniger Einladungen als Aufgebote.

Gruppendruck und happige Bussen

Definitiv einem Aufgebot kam jene Einladung gleich, die ein ganzer Strassenzug Ostermündigens im vergangenen Jahr erhielt. «Die Abfallproblematik artete aus», erinnert sich Oestreicher. Also zitierte man die Eigentümer der gesamten Strasse auf die Gemeindeverwaltung, um das Problem zu schildern und Lösungen zu suchen. Sie erschienen praktisch vollständig – und die Situation verbesserte sich zügig. «Der Vorteil an persönlichen Treffen ist», sagt Gisela Oestreicher, «dass auf diese Weise die Anonymität verloren geht.» Ausserdem erzeuge die Gruppe einen nützlichen Druck.

Hilft das nicht, folgt die Sanktion. In Ostermündigen werden regelmässig Bussen verfügt, doch erst seit diesem Jahr erhebt man diese auch statistisch. Zahlen über die Anzahl gesprochener Bussgelder liegen darum noch keine vor. Die Bussen sind derweil happig, ein rechtswidrig entsorgter 35-Liter-Beutel etwa kostet 150 Franken plus rund 230 Franken Aufwandsentschädigung. Die

Gemeinde arbeitet daran, einen ähnlichen Strafenmechanismus alsbald auch auf das Grüngut anzuwenden.

Ittigen ist mit knapp 11 000 Einwohnern etwas kleiner als Ostermündigen. Doch auch hier kämpft man mit der Bequemlichkeit und der Unwissenheit in Teilen der Bevölkerung. «Worüber wir hier sprechen, ist für mich ein Spiegel unseres Konsumverhaltens», sagt Martin Pauli, Leiter Bereich Umwelt. Er betont, als grössere Gemeinde der Problematik immerhin mit Manpower begegnen zu können: «In den kleineren Gemeinden sind die nötigen Kapazitäten zumeist gar nicht vorhanden.»

Das kann ja nicht gesund sein

Während Ostermündigen seine Abfallsammlung selber orchestriert, lässt Ittigen sammeln, so wie die meisten Gemeinden. Ittigen schreibt den Auftrag alle sechs bis sieben Jahre neu aus. Wer ihn will, hat ein Leistungsverzeichnis zu unterschreiben. Nicht nur dieses Leistungsverzeichnis sei zentraler Aspekt einer nachhaltigen und erfolgreichen Abfallbewirtschaftung, so Pauli: «Auch das regelmässige Ausschreiben des Auftrags. Es ist ein zentrales Element der Qualitätssicherung.»

Umweltunterricht

Die Stiftung Pusch sensibilisiert im Umweltunterricht Kinder und Jugendliche der Volksschule und der Sekundarstufe II zu den Themen «Abfall, Konsum und Littering», «Energie und Klima» sowie «Wasser und Gewässerschutz». Das Angebot ist für die Kewu-Gemeinden kostenlos. Ziel ist es, die Umweltkompetenz junger Menschen zu fördern. In Ittigen/Worb-laufen nahmen 2017 über 300 Schüler aus 19 Klassen teil, in Ostermündigen waren es 14 Kindergarten- bis Mittelstufenklassen.

Doch wenn einer wie Pauli vom Spiegel des Konsumverhaltens spricht, bedeutet das: Hier hat sich einer tiefer gehende Gedanken gemacht. «Wir haben eine Grenze überschritten», sagt er – und fordert Massnahmen. Eine davon könne sein, dass der Kanton Druck auf die Gemeinden ausübe. Es brauche, etwa vom Amt für Wasser und Abfall, so Pauli, ein klares Signal, eine Direktive! Daniel Trachsel schlägt vor, Liegenschaftsbewirtschafter ab einer gewissen Grösse zu verpflichten, Abfallbeauftragte einzusetzen, quasi als Ergänzung zum Siedlungswart. Und Gisela Oestreicher will an das Verantwortungs-bewusstsein der Menschen appellieren. Als «Druckmittel» sieht sie dabei weniger die Umwelt als den Nachwuchs, im Sinne von: Mensch, bedenke, es sind deine Kinder, die Karotten aus plastik-kontaminierter Erde essen. Denn Kunststoffe enthalten Weichmacher, Farben und Flammschutzmittel. Da muss jedem klar werden, dass das nicht gesund sein kann.

Die Berner Gemeinde Ostermündigen hat mit der Plastikproblematik im Grünabfall zu kämpfen. Sie setzt auf mehrsprachige Information: Die Abfall-Infos sind in zwölf verschiedenen Sprachen verfasst, von Arabisch über Tamilisch bis Türkisch. Bild: Gemeinde Ostermündigen

Biomasse Suisse

Biomasse Suisse ist der Verband der Kompostier- und Vergärungsanlagen der Schweiz. Die Qualität der Endprodukte wie Kompost und Gärgut ist dem Verband ein zentrales Anliegen. Die Gemeinden nehmen bei der Qualitätssicherung des Grüngutes eine zentrale Stellung ein, haben aber vielfach nicht die personellen Ressourcen, die anstehenden Aufgaben in Eigenregie zu lösen. Biomasse Suisse bietet fachliche Unterstützung bei Fragen rund um das Grüngut und stellt für Anlässe und Aufklärungskampagnen Infomaterial zur Verfügung.

Infos:
biomassesuisse.ch

Die Landwirtschaft ist eine der grossen Abnehmerinnen von Kompost. Und sie ist den Gemeinden dankbar für das Engagement, wie Fabienne Thomas vom Schweizer Bauernverband betont. Langfristige Akkumulation von Kunststoffen im Boden wirke sich schlecht auf die Bodenlebewesen aus. Denn Kunststoffe enthalten Weichmacher, Farben und Flammschutzmittel.

Bild: Shutterstock



Direkt an Gemeinden wenden

Auch die Kewu unternimmt viel, zwischen 50 000 und 100 000 Franken setzt das Unternehmen Jahr um Jahr für Informations- und Sensibilisierungskampagnen ein. Trotzdem zweifelt Co-Geschäftsleiter Daniel Trchsel den Nutzen an, befürchtet, nicht die richtigen Bevölkerungsschichten zu erreichen mit Plakatkampagnen und Ähnlichem. Er ist überzeugt: «Wir müssen über die Gemeinden gehen, sie sind die zentrale Schnittstelle.»

Diese Strategie verfolgt auch die Biopower Nordwestschweiz AG mit Sitz in Liestal (BL). Das Kompostier- und Vergärunternehmen hat vor rund einem Jahr eine gross angelegte Kampagne in enger Kooperation mit rund 60 Gemeinden losgetreten. Sie lud Gemeindevorteiler zu Infoveranstaltungen und erzeugte daraus Vorlagen für Zeitungsinserte, Medienmitteilungen, Flyer oder Aufkleber, mit denen wiederum die Gemeinden an ihre Einwohner traten.

Teure Sortiersysteme als Ausweg

Diese Anstrengung ist nötig, davon ist Geschäftsführer Mike Keller überzeugt: «Gelingt es uns nicht, die Haushalte zu sensibilisieren, müssen die Verwertungsbetriebe in teure Sortiersysteme investieren.» Er spricht von Anschaffungskosten von 200 000 bis 300 000 Franken pro Anlage. Biopower betreibt drei, hinzu kämen Betrieb und Unterhalt. Die Verwertung von Grüngut würde fraglos teurer. Den Einwohnern allerdings könnte das Wissen um Sortiersysteme



müssen die Vorgaben des Gesetzgebers einhalten; können wir unseren Kompost nicht mehr ausbringen, haben wir ein wirtschaftliches Problem.» Will heissen: Sind die Kunststoffanteile im Kompost nicht weniger geworden, beschliesst das Unternehmen spätestens im Sommer gemeinsam mit seinen Liefergemeinden die Anschaffung technischer Sortieranlagen. Was das für die Gemeinden bedeutet, lässt sich noch nicht beziffern.

Noch fehlen die Messmethoden

Nun ist es so, dass der Gesetzgeber zwar klare Vorstellungen davon hat, wie viel Kunststoff sich im Kompost befinden darf, noch aber fehlen die geeigneten Messmethoden. Es gibt kein Verfahren, um Kunststoffteile unter einem Millimeter Grösse in Kompost zu erkennen. «Aber wir haben eine Produkthaftung; und wir haben eine Verantwortung. Die sagt uns, dass wir alles daran setzen müssen, dass kein Plastik in die Umwelt gelangt», sagt Keller. Messmethoden hin oder her. Und ohnehin wird diese eines Tages bereitstehen, und das lieber heute als morgen.

Es gäbe noch einen Schritt dazwischen, die nächste Zündstufe quasi: der öffentliche Pranger. Er ist nicht sonderlich beliebt, aber erfolgreich. Zumindest im Aargau, wo Grüngutverwerter Hufschmid in Nesselbach mittels Ampelsystem die Trennmoral der Abfallverursacher in den über 20 Gemeinden, deren Grüngut er verwertet, für alle sichtbar macht. Der grüne Aufkleber lächelt freundlich, der rote zieht einen «Lätsch». Der Container wird nicht geleert, die Abfallsünder müssen bei der Gemeindeverwaltung anrufen. Die Folge davon sind 60 Prozent weniger Fremdstoffe in den grösseren Gemeinden, praktisch null in den kleineren, ein voller Erfolg.

«Aber wir dürfen nicht nachlassen», sagt Geschäftsführer Guido Hufschmid, sonst wäre spätestens in zwei Jahren alles wieder vergessen. Nachhaltigkeit verspricht er sich von einer Kampagne, die er gerade mit dem Kanton aufgleist: Information in den Schulen, die es übrigens auch im Kewu-Gebiet gibt (siehe Box). Sanfter geht die Lausanner Vorortgemeinde Renens vor, wo Teilnehmer von Integrationsprogrammen Aufklärungsarbeit in den betreffenden Quartieren leisten, auch hier ist eine mehrsprachige Broschüre im Umlauf (siehe Beitrag auf Seite 14).

Die Bauern sind wichtige Kunden

Die Landwirtschaft ist den Gemeinden dankbar für das Engagement, das betont Fabienne Thomas vom Schweizer Bauernverband. Langfristige Akkumulation

von Kunststoffen im Boden wirke sich schlecht auf die Bodenlebewesen aus, erklärt sie weiter, bis heute gebe es aber keine Hinweise darauf.

Zurück in Krauchthal, wo sich die Vertreter der Eignergemeinden im vergangenen Januar mit der Geschäftsleitung der Kewu trafen, auch Andreas Utiger war dabei. Verbessere sich die Situation nicht, könnten hier schon bald härtere Saiten aufgezogen werden. Will heissen: «Wir holen verunreinigtes Grüngut mit dem Kran raus, entsorgen und stellen der Liefergemeinde entsprechend Rechnung.» Und das wird teuer. Oder man rüstet technisch auf.

Hier stehen die Gemeinden in der Pflicht, schliesslich sind sie an einer funktionierenden Grünabfuhr interessiert, an einer, in der Plastik eine marginale Randerscheinung ist und man nicht strikteren Gesetzgebungen nachhechelt, sondern der Problematik Herr ist. Möglich ist es: Der Mehraufwand jedes Einzelnen umfasst ein kleines Plus an Pflichtgefühl, etwas weniger Gleichgültigkeit und ein paar Minuten Abfalltrennung – im Jahr. Nur Herrn Näfs Job wäre dann gefährdet.

Lucas Huber



das Gefühl geben, von der Pflicht des sauberen Trennens entbunden zu sein, ein Reboundeffekt träte ein, wodurch das Endresultat womöglich sogar schlechter aussähe.

Mike Keller aber ist zuversichtlich, dass die Wende zu schaffen ist. Ob das gelingt, wird der Frühling entscheiden. Dann wird Biopower ein Labor mit der Analyse ihres Komposts beauftragen. Tritt gegenüber den Ergebnissen aus dem Vorjahr keine Besserung ein, müsse man handeln – und zwar schnell. «Wir

Stehen lassen, roten Kleber drauf: Grüngutverwerter Hufschmid in Nesselbach zögert nicht lange, wenn ein Container verunreinigtes Grüngut enthält. Die unzimperliche Methode hat Wirkung.

Bild: zvg